

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
31.01.2013
Ausschussbetreuender Fachbereich
Bildung, Kultur, Schule und Sport
Schriftführung
Petra Weymans
Telefon-Nr.
02202-142554

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport
Sitzung am Dienstag, 27.11.2012

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:02 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 20.09.2012 - öffentlicher Teil -
0541/2012**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters****

- 6 **Errichtungsbeschluss Gesamtschule Heidkamp / Gronau****
0580/2012

- 7 **Zusätzlicher Hauptschulabschluss an der VHS****
0583/2012

- 8 **Jahresbericht 2011 Bürgerzentrum Steinbreche****
0539/2012

- 9 **Anträge der Fraktionen****

- 9.1 **Antrag bezüglich kooperativer Nutzung von Klassenräumen bei räumlich****
nebeneinander liegenden Grundschulen
0576/2012

- 10 **Anfragen der Ausschussmitglieder****

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Miede eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung.

Herr Dr. Miede begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest.

Herr Dr. Miede tritt in die Tagesordnung ein.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 20.09.2012 - öffentlicher Teil - 0541/2012

Frau Lehnert regt bezüglich des TOP A 10 - Konkretisierung des Verfahrens für mögliche Trägerwechsel im Außerunterrichtlichen Angebot an Grundschulen - an, zur besseren Abstimmung zukünftig vor der Beratung von Themen aus dem Bereich OGS den Arbeitskreis bestehend aus Vertretern der Bereiche Jugendhilfe, Schule und Verwaltung einzuberufen.

Herr Kraus möchte zu TOP A15 - Sanierung Sportstätten gerne wissen, wann die Maßnahme umgesetzt werde.

Herr Dr. Speer erklärt, zunächst müsse der Planungsauftrag erteilt werden. Dann werde ein konkreter Zeitplan aufgestellt. Die Sportverwaltung werde aber versuchen, die Umbaumaßnahmen möglichst in die spielarme Zeit zu legen.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende macht keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Dr. Speer trägt folgende Mitteilungen vor:

- Am 11.12.2012 werde zwischen 14:00 und 16:00 Uhr die Projektpräsentation des Kultur-Medien-Projektes „rhein/medial“ in der IGP stattfinden. Die Stadt Bergisch Gladbach habe in 2011 und 2012 die Federführung für dieses Projekt gehabt. Die jugendlichen Teilnehmer aus Bergisch Gladbach und den Kooperationsstädten Bergheim, Köln, Pulheim würden die Ergebnisse ihrer Workshops vorstellen. Er lade alle Ausschussmitglieder herzlich zur Präsentation ein.
- Seit Anfang Oktober sei der vom Bildungsnetzwerk des Rheinisch-Bergischen Kreises entwickelte Bildungsatlas im Internet abrufbar. Der Bildungsatlas zeige Wege zu Bildungsanbietern im Rheinisch-Bergischen Kreis, die nicht rein kommerziell seien. Die Möglichkeiten erstreckten sich dabei von der frühen Förderung im Kleinkindalter über Schule, Ausbildung, Studium, berufliche Weiter- und Fortbildung bis Bildung in der Freizeit. Der Bildungsatlas sei unter der Internet-Adresse www.rbk-direkt.de/startseite-bildungsatlas.aspx zu finden.
- Die Bewerbung der Stadt Bergisch Gladbach sei für das Programm Kulturrucksack NRW 2013 bis 2015 ausgewählt worden. Für das Projekt stünden 23.900 € pro Jahr an Landesmitteln zur Verfügung. Diese Mittel ermöglichten viele kulturelle Projekte der städtischen Kultureinrichtungen, der freien Kulturträger und der Jugendeinrichtungen für die 10- bis 14 Jährigen. Das Konzept sei von Frau Liebmann, Fachbereich 5, und Frau Weymans erstellt worden, die dann auch für die Umsetzung des Projektes Kulturrucksack sorgen würden.
- Das Stadtarchiv habe das dritte Quellenheft zur Bergisch Gladbacher Stadtgeschichte in den Jahren von 1815 bis 1914 unter dem Titel „Die Bergleute und Zinkhüttenarbeiter sterben früh ab“ veröffentlicht. Es werde am 07.12.2012 der Presse vorgestellt. Dank der Unterstützung der Bensberger Bank eG und der VR Bank eG Bergisch Gladbach könne auch wieder allen städtischen Schulen ein Klassensatz für den Geschichtsunterricht zur Verfügung gestellt werden. Er möchte Herrn Dr. Eßer herzlich für die Durchführung des Projektes danken.

Herr Dr. Miede schließt sich im Namen des Ausschusses diesem Dank an.

6. Errichtungsbeschluss Gesamtschule Heidkamp / Gronau 0580/2012

Herr Dr. Miede weist auf die zwei Tischvorlagen zu diesem Tagesordnungspunkt hin:

- Schreiben der Ganztagshauptschule Ahornweg vom 23.11.2012 und der Marie-Curie-Realschule vom 26.11.2012 zur Beteiligung der Schulkonferenz nach § 76 SchulG NRW,
- Resolutionsentwurf der Verwaltung.

Herr Dr. Miede schlägt vor, die Resolution als Ziffer 4 in den Beschlussvorschlag aufzunehmen. Hiermit zeigen sich die Ausschussmitglieder einvernehmlich einverstanden.

Herr Mömkes erklärt, die CDU-Fraktion könne der Resolution voll umfänglich zustimmen. Der Ausschuss solle auch den beiden Schulen mitteilen, dass er wünsche, dass die Kolleginnen und Kollegen nach Möglichkeit an der neuen Gesamtschule arbeiteten und die gute Arbeit dort auch fortsetzten. Er möchte noch gerne wissen, ob die Anzahl der Fachräume zukünftig ausreichend seien.

Herr Pütz antwortet, er gehe davon aus, bei Bildung der gymnasialen Oberstufe müsse im Bereich der naturwissenschaftlichen Fachräume nachgerüstet werden. Diese seien derzeit nicht für eine gymnasiale Oberstufe geeignet. Herr Pütz erklärt noch, in den beiden vergangenen Wochen hätten

die beiden Schulkonferenzen stattgefunden. Die Stellungnahmen der beiden Schulen lägen dem Ausschuss vor. Die Ganztagshauptschule Ahornweg stehe der Errichtung der neuen Gesamtschule sehr aufgeschlossen gegenüber und unterstützte diese. In der Marie-Curie-Realschule sei man zurückhaltender, da man davon ausgehe, auch ohne diesen Eingriff noch über Jahre hinweg weiter bestehen zu können. Dies sei sicherlich richtig, jedoch gebe es ein deutlich höheres Realschulangebot als Realschulnachfrage und man habe ein deutlich geringeres Gesamtschulangebot als Gesamtschulnachfrage. Nach Prüfung aller Möglichkeiten habe sich der Standort Ahornweg als der zentralste Standort herausgestellt. Voraussetzung für die Genehmigung der Gesamtschule durch die Bezirksregierung sei die zur Kenntnisnahme dieser beiden Schulkonferenzbeschlüsse.

Herr Dr. Speer ergänzt, er habe bereits mit Herrn Busch Gespräche geführt. Mit Frau Wirtz habe er am 30.11.2012 einen Gesprächstermin und am 03.12.2012 habe er einen Termin bei der Bezirksregierung. Für den Termin bei der Bezirksregierung sei eine positive Zustimmung zur Resolution durch den Ausschuss außerordentlich hilfreich. Die Stadt Bergisch Gladbach habe in den vergangenen Jahren sich immer auch für die inneren Schulangelegenheiten interessiert. Sie habe breites Verständnis vom Verhältnis der inneren und äußeren Schulangelegenheiten entwickelt. Er habe daher versucht, die von den beiden Schulen genannten Aspekte in der Resolution zusammenzufassen. Sowohl Frau Wirtz wie auch Herr Busch hätten ihm signalisiert, dies sei ganz in ihrem Sinne.

Frau Beisenherz-Galas erklärt, auch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN könnte der Resolution zustimmen und fände diese sehr sinnvoll. Sie möchte gerne noch wissen, wer die Resolution erstellt habe. Ferner möchte sie sich den Worten von Herrn Mömkes anschließen.

Frau Lehnert fragt an, ob mit dem in Ziffer 2 des Beschlussvorschlages verwandte Begriff „gleich bleibend“ gemeint sei „unter den bestehenden Standards“. Es sei sehr wichtig, die bereits erreichten Standards zu erhalten.

Herr Dr. Mieke antwortet, diese seien garantiert.

Herr Klein teilt für die Fraktion DIE LINKE./BfBB mit, sie begrüßten den heutigen Termin und bäten darum, die Ergebnisse so schnell wie möglich an die Eltern weiterzuleiten. Er habe gehört, es gebe bereits Nachfragen bezüglich der Anmeldeöglichkeiten. Weiterhin habe er den Ausführungen von Herrn Mömkes nichts hinzuzufügen. Er glaube, dass alle Ausschussmitglieder diese so mit abstimmen werden.

Herr Dr. Kerschner erklärt, auch die KIDinitiative stimme der Resolution natürlich zu und schließe sich den Vorrednern an. Er finde die Formulierung in Ziffer 2 „mindestens 100 Eltern“ müssten ihre Kinder anmelden, ungewöhnlich. Er möchte gerne wissen, ob diese Formulierung vorgegeben sei. Ferner möchte er anfragen, ob es möglich sei, einen zeitlichen Fahrplan zu erhalten, worin z.B. aufgeführt sei, wann mit der Genehmigung der Bezirksregierung zu rechnen sei und ab wann das Anmeldeverfahren starte.

Herr Dr. Mieke teilt mit, diese Formulierung sei vorgegeben.

Herr Dr. Speer erläutert, die Resolution habe die Verwaltung nach den Gesprächen mit den Schulen und den Stellungnahmen der Schulen kurzfristig erstellt. Zur Bitte von Herrn Dr. Kerschner nach einem zeitlichen Fahrplan erklärt er, die Schulverwaltung wolle nach einem positiven Signal der Bezirksregierung noch einmal alle Eltern der Viertklässler anschreiben und auf das Angebot am Standort Ahornweg und den entsprechenden vorgezogenen Anmeldeterminen hinweisen. Am 19. Januar finde ferner an der Ganztagshauptschule Ahornweg ein Tag der offenen Tür statt, wo

interessierte Eltern sich über die Schule und die neue Schulform informieren könnten. Er werde versuchen, dass die Marie-Curie-Realschule sich diesem Termin anschließe.

Frau Dietsch möchte gerne wissen, ab wann und wie sich Gesamtschullehrer bewerben könnten.

Herr Dr. Miede erklärt, zunächst müsse die Bezirksregierung den Antrag genehmigen. Dann würde diese die Stellen nach Maßgabe des ersten fünften Jahrgangs und des entsprechenden Schlüssel sowie der benötigten Fächer festlegen. Und danach würden die Stellenausschreibungen durch die Bezirksregierung veröffentlicht.

Auf Antrag von Frau Beisenherz-Galas lässt Herr Dr. Miede über die Ziffer 1 bis 4 des **erweiterten** Beschlussvorschlages getrennt abstimmen.

Frau Beisenherz-Galas beantragt ferner eine Modifizierung der Ziffer 3. Sie möchte gerne in den Beschlusstext aufnehmen lassen, dass bei nicht ausreichenden Anmeldezahlen für das Schuljahr 2013/2014 die Errichtung der Gesamtschule im darauf folgenden Schuljahr noch einmal durchgeführt werde.

Herr Dr. Miede erklärt, eine solche Formulierung in den Beschlusstext aufzunehmen sei nicht möglich, da diese den Vorschriften im Schulgesetz widerspreche. Bei einem solchen Fall müsse der Ausschuss in 2013 den Errichtungsbeschluss erneut fassen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** bei keiner Enthaltung folgende Beschlussempfehlung:

1. Die Stadt Bergisch Gladbach errichtet auf der Grundlage des am 23.10.2012 beschlossenen Schulentwicklungsplanes eine möglichst fünfzügige Gesamtschule am Standort Ahornweg 70, 51469 Bergisch Gladbach (Schulzentrum Ahornweg).

Dann fasst der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport **einstimmig** bei keiner Enthaltung folgende Beschlussempfehlung:

2. Für den Fall, dass dieser Errichtungsbeschluss von der oberen Schulaufsichtsbehörde genehmigt wird und mindestens 100 Eltern ihre Kinder zum Schuljahr 2013 / 2014 an der neuen Gesamtschule in einem vorgezogenen Anmeldeverfahren anmelden laufen die Marie-Curie-Realschule und die Ganztags Hauptschule Ahornweg an diesem Standort aus. Sie nehmen dann am Anmeldeverfahren nicht mehr teil. Die Stadt Bergisch Gladbach stellt sicher, dass bis zum Abschluss des Schuljahres 2017 / 2018 die schulorganisatorischen Voraussetzungen für einen ordnungsgemäßen und gleich bleibend guten Schulbetrieb für alle Schulen innerhalb des Schulzentrums gewährleistet bleiben.

Danach fasst der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport **einstimmig** bei keiner Enthaltung folgende Beschlussempfehlung:

3. Sollte die Genehmigung für die Errichtung der neuen Gesamtschule nicht erteilt werden oder nicht genug Anmeldungen für die Errichtung zusammen kommen, verbleiben Marie-Curie-Realschule und GHS Ahornweg am Standort und führen zum Schuljahr 2013 / 2014 ein Anmeldeverfahren durch.

Zuletzt fasst der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport **einstimmig** bei keiner Enthaltung folgenden Beschluss:

4. Resolution

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat die Errichtung einer Gesamtschule am Standort Ahornweg beschlossen bei gleichzeitigem Auslaufen der dortigen Ganztags Hauptschule und der Marie – Curie – Realschule.

An diesen beiden Schulen ist sehr gute pädagogische Arbeit geleistet worden, die es wert ist, in das pädagogische Konzept der zu gründenden Gesamtschule aufgenommen zu werden. Sollten die Voraussetzungen für die Gründung der neuen Gesamtschule gegeben sein und die neue Schule zum neuen Schuljahr starten, so bittet der Ausschuss die für die Lehrerversorgung zuständige Abteilung der Bezirksregierung Köln, die Lehrerinnen und Lehrer der auslaufenden Schulen, die ihr Interesse bekundet haben, an der neuen Schule arbeiten zu wollen, an die neue Gesamtschule zu versetzen. Auf diese Weise kann gewährleistet werden, dass die guten pädagogischen Konzepte auch Eingang in das Schulprogramm der neuen Gesamtschule finden. Besonderen Wert legt der Ausschuss auf die Erhaltung der Berufsorientierung, des Projektes „Übergang Schule / Beruf“ und der BUS Klasse.

Zugleich bitten wir darum, die zukünftige Personalplanung so zu gestalten, dass alle Schülerinnen und Schüler, die heute an der Ganztags Hauptschule und der Marie – Curie Realschule unterrichtet werden, auch am Standort Ahornweg ihren Abschluss erwerben können, indem die drei Schulen dort kooperieren und durch das Instrument der Abordnung und Rückabordnung auch an den auslaufenden Schulen guter Unterricht und die Möglichkeit des Schulabschlusses der gewählten Schulform gewährleistet ist.

Herr Dr. Miede dankt alle Mitgliedern des Ausschusses. Er hofft, die Bezirksregierung werde dem Antrag zustimmen und die Eltern würden sich zugunsten der neuen Schulform entscheiden.

7. Zusätzlicher Hauptschulabschluss an der VHS 0583/2012

Herr Munde erklärt, aus Sicht der Verwaltung es gebe keine neuen Entwicklungen. Der Rat habe den Haushalt beschlossen. Dieser sei der Genehmigungsbehörde vorgelegt worden. Die Kommunalaufsicht habe diese mit Auflagen genehmigt. Eine dieser Auflagen kollidiere mit dem Haushaltsbeschluss des Rates. Die Summe der freiwilligen Leistungen überschreite die festgelegten 5,5 Mio. Euro. Für 2012 sei diese Überschreitung in Höhe von 22.000 Euro durch eine Sperre bei der Haushaltsposition Spielgeräte ausgeglichen worden. Hier seien Neuanschaffungen von Spielgeräten im konsumptiven Bereich statt im investiven Bereich veranschlagt gewesen. Die Bewirtschaftung des Haushaltes 2012 habe er danach freigegeben. Für 2013 jedoch gestalte sich der Ausgleich der Kollision in Höhe von 120.000 Euro schwieriger. Es seien bereits Gespräche mit der Kommunalaufsicht geführt worden. Er sei zuversichtlich, vor der Haupt- und Finanzausschusssitzung das endgültige Ergebnis vorstellen zu können.

Herr Dr. Miede erklärt, der Ausschuss nehme dies zur Kenntnis in der Hoffnung, dies werde so geschehen. Der Antrag für einen zusätzlichen Hauptschulabschlusskurs an der VHS müsse bis zum 15.12.2012 gestellt werden.

8. Jahresbericht 2011 Bürgerzentrum Steinbreche 0539/2012

Herr Kleine möchte gerne wissen, warum die Anzahl der Veranstaltungen in 2012 um fast 100 Veranstaltungen im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen sei. Ferner habe der Verein vorgehabt, weitere Refrather Vereine und Einzelpersonen als Mitglieder zu gewinnen, sowie die Zahl der

Sponsoren zu erhöhen. Hier möchte er gerne wissen, ob dieses Ziel erreicht worden sei. Zuletzt interessiere ihn, warum Herr Hommelsheim seine Tätigkeit beendet habe.

Herr Mömkes erklärt, der Rückgang der Veranstaltungen begründe sich auf eine geringere Anzahl an privaten Feiern, die der Trägerverein zugelassen habe. Dies sei vor allem auch dem Weggang von Herrn Hommelsheim, der in ein festes Beschäftigungsverhältnis gewechselt sei, geschuldet. Zur zweiten Frage von Herrn Kleine erläutert er, das Finanzamt habe 2012 den Trägerverein umfangreich geprüft. Dies habe zu einer deutlichen Nachzahlung von Steuern geführt. Damit verbunden gewesen sei auch die Prüfung der Gemeinnützigkeit. Auf Grund der Zweckbestimmung des Vereins, das Bürgerzentrum für die Vereine und für kulturelle Veranstaltungen aufrecht zu erhalten, habe man sich mit dem Finanzamt verständigt, zu versuchen, die Vereine, die dieses Haus nutzen als Mitglieder anzuwerben. Dies sei mittlerweile gelungen; der Trägerverein habe viele Vereine als Mitglieder gewinnen können. Darüber hinaus suchten sie auch noch Einzelpersonen, die den Vorstand in seiner Arbeit tatkräftig unterstützten und Aufgaben übernahmen. Sponsoren würden gesucht. Der Betriebskostenzuschuss der Stadt decke so gerade einmal die Kosten. Das Bürgerzentrum benötige jedoch auch finanziellen Mittel für den Unterhalt, gerade im kleinteiligen Bereich.

Herr Kleine möchte noch der Vereinsführung und besonders dem Vorsitzenden ganz herzlich danken, dass diese zum Erhalt des Hauses, auch als Veranstaltungsstätte, beitragen.

Dem schließt sich der Ausschuss an.

Frau Beisenherz-Galas möchte gerne wissen, ob die Liquiditätsunterdeckung im Dezember 2011 durch die Betriebskosten abgedeckt sei.

Herr Mömkes erklärt, diese Liquiditätsunterdeckung seien Außenstände des Vereins gewesen. Durch das Ausscheiden von Herrn Hommelsheim seien Rechnungen verspätet gestellt worden. Die Gelder seien mittlerweile eingegangen.

Frau Glamann-Krüger möchte gerne wissen, ob die Stelle von Herrn Hommelsheim neu besetzt werde. Die privaten Feiern schienen doch recht lukrativ zu sein. Ferner möchte sie gerne wissen, wie hoch der Betriebskostenzuschuss der Stadt jährlich sei.

Herr Dr. Speer erläutert, laut dem Vorsitzenden Herr Wittemann wirke sich der Rückgang der privaten Feiern allenfalls auf dem Umsatz aus, jedoch nicht auf die Erlöse. Die privaten Feiern würden z.B. bei der Sicherheit erhöhte Kosten verursachen. Ferner würde der Rückgang an privaten Feiern aufgefangen durch die Veranstaltungen der anderen neuen Vereinsmitglieder. Zur Frage nach der Höhe des Betriebskostenzuschusses erklärt er, dieser betrage 12.000 € pro Jahr.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

9. Anträge der Fraktionen

9.1. Antrag bezüglich kooperativer Nutzung von Klassenräumen bei räumlich nebeneinander liegenden Grundschulen 0576/2012

Herr Dr. Speer erklärt, auf Grund eines Druckproblems fehlten auf der Vorlage, die mit der Einladung versandt worden sei, zwei Absätze. Der neue Ausdruck liege als Tischvorlage vor.

Herr Dr. Bernhauser fragt, ob es eine schriftliche Zusage der Schulverwaltung gebe, dass die Nutzung eines Klassenraumes der katholischen Grundschule verbindlich auf dieses Schuljahr beschränkt sei. Ferner solle die Schulverwaltung erklärt haben, sie werde nach anderen Lösungen zur ordnungsgemäßen Unterrichtung der Kinder der GGS Hand suchen. Ferner möchte er wissen, welche Versuche die Verwaltung unternommen habe und warum diese fehlgeschlagen seien. Anscheinend gebe es Schwierigkeiten, wenn ein Raum der KGS Hand permanent für eine Klasse der GGS Hand genutzt werde.

Herr Pütz erklärt, beide Grundschulen hätten grundsätzlich jeweils 10 Klassenräume. Durch die Bebauung des Hermann-Löns-Viertels hätten die Schulen in den vergangenen Jahren teilweise jeweils elf Räume nutzen müssen. Die GGS Hand habe einen Mehrzweckraum dauerhaft in einen Klassenraum umgewandelt. Die KGS Hand habe einen Werkraum für die Dauer von einem Jahr in einen eigenen Klassenraum umgewandelt. In 2011, als die Situation sich begann zu entspannen, hätten die Schulaufsicht, die beiden Schulleiterinnen und die Schulverwaltung gemeinsam beschlossen, den Werkraum der KGS für ein weiteres Jahr als Klassenraum zu nutzen. Für das Schuljahr 2011/2012 sei dieser Raum durch eine Klasse der GGS Hand genutzt worden. Die Schulverwaltung habe diese Beschränkung auf ein Jahr schriftlich bestätigt. Ebenso habe sie mitgeteilt, dass bei fehlender Entspannung der Anmeldesituation man zu anderen Lösungen kommen müsse. Die Anmeldesituation an den beiden Grundschulen in Hand habe sich nun deutlich entspannt. Bezogen auf alle Klassenräume in Hand gebe es kein Problem die Kinder unterzubringen. Die Schulverwaltung habe im Vorfeld versucht, die Anmeldungen zu steuern. Die Eltern im Wohnplatz Hand, Paffrath und Gronau seien auf die höheren Aufnahmekapazitäten der KGS Hand (drei Eingangsklassen) hingewiesen worden. Dieses Vorgehen sei mit den beiden Schulen und der Schulaufsicht einvernehmlich besprochen worden. Im September habe sich gezeigt, dass die Absicht der Verwaltung nicht umsetzbar sei. Das Anmeldeverhalten der Eltern sei anders verlaufen. Die Verwaltung habe dann keine weiteren Versuche unternommen, das Anmeldeverhalten in Richtung der KGS zu beeinflussen.

Frau Beisenherz-Galas möchte noch zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ergänzen, viele Eltern möchten ihre Kinder nicht an einer konfessionell gebundenen Schule anmelden und hätten daher das Angebot nicht wahrgenommen. Sie möchte gerne wissen, ob für die nächsten Jahre eine Unterbringung Kindern aus Hand an den Grundschulen in Hand gesichert sei.

Herr Dr. Miede erklärt, dies sei den von der Verwaltung vorgelegten Zahlen in der Vorlage zu entnehmen. Er ergänzt, auch die CDU und die SPD hätten versucht, mit den beiden Schulleitungen zu sprechen, um ein gütiges Einvernehmen zu erreichen. Ihre Versuche seien gescheitert. Dies führe dazu, dass nach § 79 Schulgesetz der Schulträger über die Raumvergabe nach Maßgabe der Notwendigkeiten entscheide.

Frau Lehnert schlägt vor, dies zunächst nur für die Dauer von zwei Jahren zu beschließen, da sich die Situation auf Grund der Kinderzahlen entspannen werde. Sie bitte aber darum, dass die Verwaltung auf die Einhaltung der vorgegebenen Zügigkeiten an den Grundschulen achte. Auch könnte man den Eltern alternativ anbieten, ihre Kinder an den Gemeinschaftsgrundschulen in Katterbach und in Paffrath, die noch Kapazitäten hätten, anzumelden. Dies würde ebenfalls die Situation entspannen.

Herr Pütz erklärt, nach dem kürzlich beschlossenen 8. Schulrechtsänderungsgesetz werde es kommunale Klassenrichtzahlen geben. Dies betreffe bereits das Schuljahr 2013/2014. Die Zügigkeiten für die Schulen müssten festgelegt werden, da nach der kommunalen Richtzahl für Bergisch Gladbach 40 Eingangsklassen gebildet werden könnten. Das erwartete Anmeldeverhalten der Eltern werde zu 43 Klassen führen. Dies könnte bedeuten, dass Kinder eventuell wohnortferne Grundschulen besuchen müssten. Die Verwaltung werde eine entsprechende Vorlage für den Ausschuss ausarbeiten.

Herr Dr. Miede stellt fest, der zu fassende Beschluss könne sich somit nur auf das kommende Schuljahr beziehen.

Frau Beisenherz-Galas erklärt noch, mit ihrem Antrag möchten sie erreichen, dass die Kinder aus Hand auch an den Grundschulen in Hand einen Platz bekämen.

Herr Dr. Miede entgegnet, es gebe keine Schuleinzugsbezirke mehr. Er habe damals heftig gegen die Aufhebung der Schuleinzugsbezirke gesprochen. Nun entscheide der Schulleiter nach Maßgabe seiner Möglichkeiten.

Herr Mömkes findet, die Entscheidungen seien Verwaltungsaufgabe. Er bitte ebenfalls die Verwaltung, verstärkt auf die Einhaltung der Zügigkeiten an den Schulen zu achten. Auf Grund des Wegfalls der Schuleinzugsgebiete könne es auch zu einem Wettstreit um die Schülerinnen und Schüler kommen.

Herr Klein erklärt, die Eltern würden gerne ihre Kinder an der wohnortnahen Grundschule anmelden. Auch sähen sie bei benachbarten Schulen bestimmte Vorzüge bei der einen oder anderen Schule. Dieses Problem gebe es nicht, wenn nur eine Grundschule vorhanden sei. Eine Lösung könnte darin liegen, räumlich sehr nah beieinander liegende Schulen zusammenzulegen. Er finde, dies sei Aufgabe der Verwaltung. Es würde keine Räume wegfallen, sie seien nur verfahrenstechnisch zusammenzulegen.

Herr Dr. Miede sieht dies als eine Anregung für die Zukunft. Allerdings seien Schulschließungen und Schulzusammenlegungen gesetzlich geregelt.

Herr Dr. Bernhauser entgegnet, neben den gesetzlichen Regelungen entscheide natürlich der Elternwille. Je größer eine Grundschule sei, desto schwieriger sei es für die Kinder. Die Kinder, die aus den Kindertageseinrichtungen in die Grundschulen wechselten, seien eine überschaubare, pädagogische Welt gewohnt, die in der Grundschule erweitert würde. Er finde fünf- oder sechszügige Grundschulen unpädagogisch.

Frau Lehnert hätte die Anzahl der Kinder aus dem Wohnplatz Hand, die auf der Seite 22 der Vorlage aufgeführt sind, noch gerne um die Jahre 2012 und 2013 ergänzt.

Herr Dr. Miede lässt über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport stimmt **einstimmig** bei einer Enthaltung **für** den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die Verteilung der Klassenräume bei räumlich nebeneinander liegenden Grundschulen nicht mehr den einzelnen Schulen zu überlassen, sondern die Räume entsprechend dem Bedarf, d.h. gemäß den Anmeldezahlen an den einzelnen Schulen zu vergeben. Die Verteilung soll objektiv und partnerschaftlich durch die Stadt erfolgen.

Nachrichtlich FB 4:

Schulpflichtige Kinder aus dem Wohnplatz Hand:

2012: 101

2013: 97

10. Anfragen der Ausschussmitglieder

Anfrage von Herrn Dr. Miede:

Er erklärt, er habe im Rat bereits bezüglich der Problematik „Abitur-Finanzierungs-Feier“ und „Abiturabschlussfeier“ Herrn Widdenhöfer um eine juristische Klärung gebeten, welche rechtmäßigen Möglichkeiten es gebe, um diese abhalten zu können. Er möchte gerne wissen, ob es hierzu schon eine Antwort gebe.

Herr Pütz erklärt, die Antwort sei gefertigt und werde dem Protokoll beigelegt.

Anfrage von Frau Glamann-Krüger:

Frau Glamann-Krüger möchte gerne wissen, ob es möglich sei, je nach Tagesordnung und Gelegenheit eine Ausschusssitzung einmal in einer Schule oder einem kulturellen Gebäude stattfinden zu lassen. Der Ausschuss des Kreises würde so verfahren. Sie halte dies für eine gute Möglichkeit, die Örtlichkeit, über die diskutiert und beschlossen würde, auch zu besichtigen.

Herr Dr. Miede antwortet, die sei in der Vergangenheit versucht, aber auf Grund der vielen Schwierigkeiten nicht weiter durchgeführt worden. Häufig fehlten in diesen Einrichtungen die geeigneten Räumlichkeiten und die technischen Möglichkeiten. Daher habe man davon wieder Abstand genommen. Wenn die Mehrheit des Ausschuss dies aber so wünsche, werde er den Wunsch aufgreifen.

Herr Mönkes schlägt er vor, den Tagungsort nur zu besonderen Anlässen zu verlagern. Die Vorbereitungen für die Schule seien zeitintensiv. Ein größerer Raum müsse entsprechend durch die Hausmeister hergerichtet werden, dies sei dann meist das Lehrerzimmer oder die Aula.

Herr Dr. Miede ergänzt, häufig seien die Räume, vor allen in den Grundschulen, nicht geeignet und es fehlte der Platz, um auch noch Zuhörer zuzulassen. Er erinnere sich an eine Ausschusssitzung in der Wilhelm-Wagener-Schule, die mit sehr vielen Schwierigkeiten verbunden gewesen sei. Nichtsdestotrotz könne eine solche Möglichkeit zu einem besonderen Anlass, wie einer Feierlichkeit oder einem Jubiläum überlegt werden. Der Ausschuss müsse hierzu einen Beschluss fassen und die Schule angefragt werden.

Herr Kleine meint, man müsse dies ja nicht nur auf die Schulen begrenzen. Man könne auch einmal in einer kulturellen Einrichtung eine Ausschusssitzung abhalten.

Anfrage von Herrn Klein:

Herr Klein hat eine Anfrage zum Bürgerzentrum Schildgen. Er hätte gerne einen Sachstandsbericht über die Vertragsgestaltung bezüglich des Verkaufs an die St. Sebastianus Schützenbruderschaft Schildgen. Er habe gehört, die Bürger hätten gegen die geplante Errichtung einer Außenschießanlage durch den Schützenverein protestiert. Der Schützenverein hätte dann davon Abstand genommen. Er möchte gerne über die nähere Ausgestaltung des Vertrages informiert werden.

Herr Mumdey erklärt, der Ausschuss für Bildung Kultur, Schule und Sport sei nicht der zuständige Ausschuss für die Beantwortung dieser Frage. Der Fachbereich 4 sei nicht mit dieser Angelegenheit befasst. Dies sei eine Angelegenheit des Fachbereiches 8. Der für den Fachbereich 8 zuständige Ausschuss sei der Infrastrukturausschuss, bei Planungsfragen der Planungsausschuss.

Herr Klein entgegnet, der Ausschuss habe doch schon über Teile dieses Projektes diskutiert. Es seien hitzige Diskussionen, auch über die Errichtung dieser Außenschießanlage, geführt worden.

Herr Dr. Miede widerspricht dem. Er weist darauf hin, diese seien im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden geführt worden. Der ABKSS sei nicht zuständig.

Herr Dr. Speer ergänzt, der Ausschuss habe sich zuletzt mit dem neuen Nutzungsüberlassungsvertrag betreffend dem Bürgerzentrum Schildgen beschäftigt. Da für das Bürgerzentrum Schildgen keine städtischen Zuschüsse mehr aus dem Budget des Fachbereichs 4 gezahlt würden, sei das Thema Bürgerzentrum Schildgen auch nicht mehr im Aufgabenspektrum.

Anfrage Herr Dr. Kerschner:

Herr Dr. Kerschner hat eine Anfrage zu den Gymnasien und Ganztage. Auf Grund der bevorstehenden zwei großen Schulsanierungen finde er, solle der Ausschuss diskutieren und Stellung dazu beziehen, ob er weitere Ganztagsgymnasium in Bergisch Gladbach einführen möchte. Dies könne man dann ggf. noch bei den Sanierungsmaßnahmen berücksichtigen. Derzeit gebe es nur ein Ganztagsgymnasium. Der Ausschuss solle politisch seine Meinung bekunden, ob weitere gewünscht seien oder nicht.

Herr Dr. Speer antwortet, normalerweise erkläre die Schule den Wunsch nach Einführung des Ganztages, lege ein pädagogisches Konzept vor und setze sich mit den Chancen und Risiken auseinander. Er finde nicht, dass der Ausschuss dies vorgeben solle. Der Ausschuss setze sich eher konkret mit dem Wunsch der Schule auseinander, ob z. B. das Raumprogramm einen Ganztage ermögliche. Sollte das Otto-Hahn-Gymnasium sich mit dem Gedanken des Ganztages beschäftigen, so solle diese dies schnellst möglich mitteilen, damit dies in die Planungsgespräche einfließen könne. Wichtig sei aber, dass die Schule auf die Schulverwaltung zukomme.

Herr Dr. Miede schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Dr. Wolfgang Miede
Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung, Kultur, Schule und Sport

Dr. Lothar Speer
Fachbereichsleiter

Petra Weymans
Schriftführerin